

---

Oliver Stirböck

## MÜLLER/STIRBÖCK: HESSEN KANN VORREITER FÜR MOBILES ARBEITEN WERDEN

18.01.2022

---

- **Experten begrüßen Initiativen der Freien Demokraten**
- **Mobiles Arbeiten macht Beruf und Privatleben besser vereinbar**
- **Akteure am runden Tisch zusammenbringen**

„Hessen kann Vorreiter für mobiles Arbeiten werden“, erklären Stefan MÜLLER, innenpolitischer Sprecher, und Oliver STIRBÖCK, digitalpolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. Sie sind hochzufrieden mit der heutigen mündlichen Experten-Anhörung zu ihren Initiativen, die Landesbeschäftigten ein Recht auf mobiles Arbeiten geben sollen, hat doch eine Vielzahl der Anzuhörenden den Vorstoß der Freien Demokraten begrüßt. So hat zum Beispiel der Deutsche Beamtenbund (dbb) Hessen die Initiative befürwortet und erklärt, dass es gut sei, dass ein „Stein ins Wasser geworfen werde“. Die neuen Arbeitsformen sollten in der Realität abgebildet werden. Dieser Ansatz solle weiterverfolgt werden und nicht im politischen Ping-Pong untergehen. Die Arbeits- und Rahmenbedingungen seien vor allem für junge Menschen wichtig. Dazu gehöre das ortsungebundene Arbeiten.

Die Freien Demokraten setzen sich mit ihren Initiativen für das Recht auf mobiles Arbeiten sowohl für Beamtinnen und Beamte als auch für Tarifbeschäftigte des Landes Hessen ein. Sie sollen einen Anspruch auf 40 Prozent (zwei Tage) mobiles Arbeiten pro Woche haben, soweit dies mit ihrer Tätigkeit vereinbar ist.

Dazu erklärt Stefan Müller: „Das Bedürfnis nach mobilen und damit flexibleren Arbeiten ist nicht erst durch die Corona-Pandemie entstanden. Die Beschäftigten haben schon lange den Wunsch, flexibler zu arbeiten und somit auch Beruf und Privatleben besser vereinbaren zu können. Der Staat als Arbeitgeber sollte hier als Beispiel für Unternehmen vorangehen und den Beschäftigten im öffentlichen Dienst die notwendige Flexibilität

einräumen. Dies steigert auch die Attraktivität als Arbeitgeber.“

Oliver Stirböck ergänzt: „Wir befürworten den Vorschlag der Deutschen Steuergewerkschaft, einen runden Tisch zu dieser Thematik einzurichten, um dadurch Akteure zusammenzubringen. Sie können offene Fragen sowie den generellen Weg in die Arbeitswelt der Zukunft besprechen und die bestmögliche Lösung für Angestellte des Staates, aber auch den Dienstherrn finden. Die Fraktion der Freien Demokraten lebt seit mehreren Jahren vor, wie ein modernes Arbeitsumfeld funktionieren kann. Diese Erkenntnisse in die Weiterentwicklung des Berufsfelds Verwaltung einzubringen und die Chancen neuer Arbeitsmethoden in den Vordergrund zu stellen, unterstützt die Fraktion und fordert die Landesregierung auf, hier voranzugehen.“